

08.04.2022

Zentralstelle
Telefon +49 711/22572-34
zentralstelle@gemeindetag-bw.de

Zumeldung zur dpa-Meldung „Kretschmann: Einigung zu Flüchtlingskosten kann nur vorläufig sein“

Zur Meldung, wonach Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Unterbringung und Versorgung ukrainischer Flüchtlinge begrüßt, erklärt der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Steffen Jäger:

„Das Bekenntnis des Bundes zur Mitverantwortung bei der Finanzierung der Unterbringung ist ein wichtiges Signal der gestrigen Beratungen. Die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die jedoch zum großen Teil auf der kommunalen Ebene bewältigt werden muss. Da wir noch nicht übersehen, was dies auch an finanzieller Belastung bedeutet, kann das Ergebnis tatsächlich nur vorläufig sein.

Der nun verabredete Übergang zum Regelkreis des SGB II ist Sicht der baden-württembergischen Kommunen nicht zwangsläufig eine Verbesserung, zumal damit ein Systemwechsel mitten in der Krise verbunden ist, der auch zusätzliche Bürokratie auslöst. Eines muss jedoch sichergestellt werden: die Kommunen in Baden-Württemberg dürfen durch diesen Systemwechsel nicht schlechter gestellt werden.

Nun gilt es, die Umsetzung des gestrigen Beschlusses für Baden-Württemberg zu verabreden. Dabei muss der gemeinsame Schulterschluss zwischen Land und kommunaler Familie weiterhin das Gebot der Stunde sein. Nur leistungsfähige Städte und Gemeinden können den großen Herausforderungen gerecht werden.“